

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 17. November 1863,

betreffend den durch den Nothstand in Ungarn veranlaßten außerordentlichen Aufwand;
wirksam für das ganze Reich.

Mit Zustimmung der beiden Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Art. 1. Aus Anlaß des in einem Theile des Königreiches Ungarn herrschenden Nothstandes werden, unabhängig von dem im Wege des Finanzgesetzes festzustellenden Staatsaufwande im Verwaltungsjahre 1864, für die Dauer des letzteren nachstehende außerordentliche Kredite eröffnet.

Art. 2. Für die ungarische Hofkanzlei als Antizipation an künftiger Dotation unter den Titeln:

1. außerordentliche Straßenbauten	200.000 fl.
2. außerordentliche Wasserbauten	1.300.000 „
zusammen	1.500.000 fl.

Art. 3. Für das Finanzministerium unter folgenden Titeln:

1. zu Gunsten der durch die Folgen des Mißwachses am schwersten getroffenen kleinen Grundbesitzer im Königreiche Ungarn mittelst verzinslicher Vorschüsse:

a. an Winter- und Sommerfrucht	9.500.000 „
b. an baren Vorschüssen	6.500.000 „

2. zur Vornahme von Nothstandsarbeiten mittelst verzinslicher Vorschüsse an den ungarischen Landesbauhof zum Baue von Landesstraßen, dann an Vereine und Gemeinden zur Vornahme von Flußregulierungs- und Entschlumpungsarbeiten gegen nachweisbare und genügende Sicherheit

zusammen 20.000.000 fl.

Art. 4. Sowohl die Vorschüsse an Getreide, wie die Vorschüsse in Geld (Art. 3 ad 1, a und b) haben, insoweit nicht der Besitz selbst geeignete Sicherheit gewährt, unter Mitwirkung und Haftung der Gemeinden zu erfolgen.

Diese Vorschüsse sind bis Ende Dezember 1865 unverzinslich. Vom 1. Jänner 1866 an sind die Zinsen mit 5 pCt. für das Jahr zu Gunsten des Staateschages zu berechnen und an die Steuerkassen in halbjährigen Nachtragsraten wie die laufenden Steuern abzuführen.

Die Rückzahlung derselben hat in sechs gleichen Jahresraten, vom Tage der Verzinsung angefangen, zu geschehen.

Die Vorschüsse an Vereine und Gemeinden (Art. 3 ad 2) sind auf dieselbe Weise, jedoch vom Tage, an dem sie gegeben wurden, zu verzinsen. Die Rückzahlung derselben hat längstens binnen sechs Jahren zu erfolgen. Die Termine und Modalitäten hat die Regierung in jedem einzelnen Falle festzusetzen.

Art. 5. Die für die einzelnen Titel bewilligten Ausgabe-kredite dürfen nur zu den darin bezeichneten Zwecken und nur nach dem wirklichen Bedarfe verwendet werden. Ueber die Gebahrung mit den in diesem Gesetze bewilligten Beträgen ist bei Vorlage des nächsten Staatsvoranschlags Rechnung zu legen.

Art. 6. Allen Rechtsurkunden, Eingaben und Protokollen, welche aus Anlaß der im Art. 3, Titel a und b, bezeichneten Unterstützungen an Nothleidende erfolgen, so wie den darauf sich beziehenden bürgerlichen Eintragungen kommt die Befreiung von den mit den Gesetzen vom 2. August 1850, Nr. 329 R. G. B., und vom 13. Dezember 1862, Nr. 89

R. G. B., festgesetzten Stempeln und unmittelbaren Gebühren zu.

Art. 7. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes sind der Finanzminister und der ungarische Hofkanzler beauftragt.

Wien, am 17. November 1863.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

v. Plener m. p. Anton Graf Forgách m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Frescherr v. Ransonnet m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. November d. J. die Besorgung der Direktionsgeschäfte an der neuerrichteten Rechtsakademie zu Klausenburg dem pensionirten k. k. Ober-Landesgerichtsrathe, Paul v. Juványffy, allergnädigst zu übertragen und an denselben Lehramt zum ordentlichen öffentlichen Professor den Professor am unitarischen Kollegium in Klausenburg, Aron v. Berde,

zum außerordentlichen öffentlichen Professor den Lehrer am römisch-katholischen Obergymnasium zu Székely-Udvarhely, Lazarus von Vord, zu Supplenten: den Konzipisten der k. k. Finanz-Prokuratur in Hermannstadt, Karl Haller v. Hilib, den Ladislaus Sobczek v. Dósi, den Alexander Brenesán, endlich den Gustav Groisz, allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 21. November 1863 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLII. Stück des Reichs-Gesetz-Blattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 97 das Gesetz vom 17. November 1863, betreffend den, durch den Nothstand in Ungarn veranlaßten außerordentlichen Aufwand; wirksam für das ganze Reich;

Nr. 98 das Gesetz vom 17. November 1863, betreffend die Verüßung des öffentlichen Kredits zur Bedeckung eines Theiles der Staatsausgaben in der Finanzperiode 1864; wirksam für das ganze Reich.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichs-Gesetz-Blattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 22. November.

Die schleswig-holstein'sche Frage hat alle anderen für den Moment in den Hintergrund gedrängt. Und eine Uebereinstimmung der Auffassung, wie sie in Deutschland in dieser Angelegenheit herrscht, ist noch selten dagewesen. Alle Parteien sind einmal einig: Konservative und Revolutionäre, Legitimisten und Demokraten, Katholiken und Protestanten, Junker und Liberale. Das Gefühl, daß es sich hier um eine im strengsten Sinne nationale Sache, um ein gewissermaßen natürliches Recht handelt, ist ein allgemeines, und die Regierungen mögen noch so sehr vor den Schwierigkeiten, Traktaten und Protokollen erschrecken, die ihnen im Wege stehen, sie werden der Stimmung in allen Schichten des deutschen Volkes Rechnung tragen müssen.

Wie die beiden deutschen Mächte, welche das Londoner Protokoll mitunterzeichneten, die Frage auffassen werden, darüber läßt sich noch nichts bestimmtes sagen. Die offiziöse „Gen.-Corr.“ enthält folgende Note: „Die dänisch-deutsche Frage hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, durch den Tod des Königs Frederik VII. einen internatio-

nen Charakter angenommen, da durch diesen Todesfall die Eventualität — das Erlöschen der männlichen direksten Nachkommenschaft Frederik III. von Dänemark — eingetreten ist, für welche Vorsorge zu treffen, die Aufgabe des Londoner Traktats vom 8. Mai 1852 war. Die Großmächte nebst Schweden wollten, indem sie vermittelt dieses Traktats (den man fälschlich gewöhnlich Protokoll nennt; es handelt sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, ganz mit denselben feierlichen Formen und mit der nämlichen Tragweite abgeschlossen, wie nur irgend ein Traktat) den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als Erben der dänischen Krone anerkennen, einen drohenden langwierigen Successionskrieg abwenden. Die beiden deutschen Großmächte insbesondere hatten dabei das gewiß deutsche Interesse im Auge, dem Falle vorzubeugen, daß der Gottorp'sche Antheil von Holstein mit dem wichtigsten deutschen Seehafen an Rußland gelange. Am 5. Juni 1851 war nämlich zu Warschau ein Protokoll unterzeichnet worden, in welchem der Kaiser von Rußland als Haupt der älteren Linie von Holstein-Gottorp sich bereit erklärte, für sich und sein Haus auf seine eventuellen Rechte zu Gunsten des Prinzen Christian zu verzichten, aber unter Vorbehalt der eventuellen Rechte der beiden jüngeren Linien Wasa und Oldenburg, (von welcher das Haupt der letztern, der Großherzog von Oldenburg, später gleichfalls zu Gunsten des Prinzen Christian Verzicht leistete), sowie unter Vorbehalt des Heimfallsrechtes.

Es wird ferner ausdrücklich hinzugefügt, „daß, da die Renunziation Sr. Majestät des Kaisers vornehmlich den Zweck habe, eine Kombination zu erleichtern, welche die wichtigsten Interessen der dänischen Monarchie erheischen, das Anerbieten einer solchen Entsagung aufhören würde, verpflichtend zu sein, falls die Kombination selbst scheitern würde.“ Nun leuchtet ein, daß, gleichwie die in Rede stehende Kombination nur im Londoner Traktate zu Stande kam, auch insbesondere dieser völkerrechtliche Akt es ist, welcher gegenwärtig, wo der vom Warschauer Protokoll und dem Londoner Vertrage vorgesehene Fall eingetreten, staatsrechtlich der Geltendmachung der Rechtsansprüche, welche die russische Dynastie auf den Gottorp'schen Antheil von Holstein zu haben behauptet, im Wege steht. Wir beabsichtigen für heute nur diesen hochwichtigen Gesichtspunkt hervorzuheben, ohne die damit gar nicht zusammenhängende Frage der Stellung des deutschen Bundes zum Londoner Traktate, worin dessen Recht auf Holstein ausdrücklich gewahrt ist, zu berühren.“

Das Organ Bismarck's, die „Nordd. Allg. Ztg.“, spricht sich anders aus, und erklärt: „daß das Londoner Protokoll nicht die Bedingungen eines Vertrages trägt, sondern sich höchstens als eine Resolution darstellt, aus welcher sich für Oesterreich und Preußen keinerlei Verpflichtungen ergeben.“

Nun, die „Offiziösen“ mögen darüber schreiben, wie sie wollen, wenn die Regierungen nur in der Sache selbst mit dem Volke gehen!

44. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 19. November.

(Schluß.)

Graf Bratislaw verliest den Bericht über „Einnahmen vom Staatseigenthume — Staatsgüter.“ Den Anträgen des Ausschusses gemäß werden genehmigt: Bei den in der Verwaltung des Staates stehenden Domänen, als Einkstellung für die Staatskasse 1.514.414 fl., als Einkstellung für die Nationalbank von den Kronomänen in Ungarn und Siebenbürgen 242.517 fl., Bedeckung zusammen 2.499.924 fl. Der Ausschuss spricht das Bedauern über den ungünstigen Reinertrag aus und zwar umso mehr, als

sich ergibt, daß die projektirte Abfuhrquote nicht allein aus der Benützung des Grund und Bodens, sondern aus Gefällen, Gerechtigkeiten, veränderlichen und unveränderlichen Gebühren, insbesondere aus dem Regalrechte in Ungarn hergeleitet wird.

Zur Erzielung entsprechender Ertragsresultate findet er die den Anforderungen der Wissenschaft Rechnung tragende Durchführung des Pachtsystems und andererseits die Schaffung eines neuen Verwaltungsorganismus für nothwendig.

Die angegebenen Posten werden ohne Debatte angenommen.

Titel 2. „Domänen in der Verwaltung der Nationalbank.“ zeigt eine in den Voranschlag einzustellende Gesamtsumme von 4.559.988 fl., welche über Antrag des Ausschusses ohne Debatte angenommen wird.

Titel 3. „Montandomänen.“ Der Ausschuss spricht hier die Ueberzeugung aus, daß die Regierung schleunigst jene Maßregeln ergreifen werde, welche geeignet sind, ein günstigeres und der Sachlage mehr entsprechendes Verhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu erzielen, bei welcher Gelegenheit wohl schon die Lagerbücher und tabellarischen Uebersichten ihren Werth bewähren dürften.

Beauftragt wird: ein Gesamterforderniß mit 357.981 fl., Bedeckung mit 358.116 fl. (Wird genehmigt.)

Titel 4. „Dikasterialgebäude.“ Erforderniß mit 107.494 fl., Bedeckung mit 106.813 fl. (Wird genehmigt.)

Der Ausschuss betont außerdem die Nothwendigkeit einer gänzlichen Reform der Dikasterial-Gebäude-Verwaltung in Wien.

Titel 5. „Verarsialisenbahnen.“ Betrifft nebst geringen Eisenbahnobjekten hauptsächlich die Rollaudränge und Ausgleichung der Baurückstände und die Bezüge der nach dem Verlaufe der Bahnen bis zur vollständigen Abwicklung der Geschäfte noch verwendeten Beamten, nebst einigen Entschädigungsansprüchen von Banunternehmern. Das Erforderniß mit 2.377.056 Gulden, die Bedeckung mit 165.417 fl. (Werden genehmigt.)

Der „Neu-Pester Donauhafen“ (Titel 6) erheischt eine Auslage von 8118 fl. (worunter die Entschädigung einer durch den Bau des Hafens beschädigten Firma), die Einnahmen beziffern sich mit 9246 fl. (Wird genehmigt.)

Die Voranschlagsrubrik: „Einnahmen aus der Veräußerung vom Staatseigenthume“ enthält nebst dem Erlöse für sehr geringfügige Objekte, namentlich die Summe von 15.000.000 fl. für den in Aussicht stehenden Verkauf von Domänen, welche sich in der Verwaltung der Nationalbank befinden.

Freiherr v. Riese-Stallburg spricht für eine Parzellirung der Objekte, wodurch ein viel größerer Ertrag erzielt werden könnte, als bei Ausbietung großer Komplexe, deren Werth sich nach Millionen beziffert.

Finanzminister v. Plener erklärt, die Regierung sei ohnehin bemüht gewesen, soweit möglich auch auf den Verkauf im Kleinen hinzuwirken, wie es z. B. bei der Domäne Pardubitz versucht wurde. Es ergaben sich aber hieraus bedeutende Schwierigkeiten; auch waren die Angebote für die einzelnen Parzellen in ihrer Gesamtsumme geringer, als das Angebot für den ganzen Komplex. Eine Zerfällung in kleine Parzellen würde übrigens sehr weitgehende Erhebungen nöthig machen und leicht könnte es geschehen, daß hiedurch die Einhaltung der Verpflichtungen gegen die Nationalbank eine Störung erlitt.

Die vom Ausschuss beantragten Zifferansätze werden hierauf angenommen, ebenso der Antrag Riese-Stallburg's, lautend: „Die Regierung werde aufgefordert, in Zukunft die Veräußerung von Domänenobjekten möglichst im Parzellirungswege zum Zwecke der besten Verwerthung einzuleiten.“

2 Uhr. Es wird der Schluß der Sitzung beantragt und beschlossen. Präsident verkündet noch das Resultat der Schriftführerwahl. Gewählt wurden: Binder, Dagon, Popea, Polowy, Dreher, Gyri, Sartori, Kromer.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 20. November.

Auf der Ministerbank: Plener, Sektionschef Rathberg und Ministerialrath Schmid (Handelsministerium), Ministerialrath Gobbli (Fin.-Minist.).

Den Vorsitz führt Vizepräsident v. Hopfen.

Nach Verlesung des Protokolls und Mittheilung der Einnahme theilt Präsident mit, daß ihm von dem Staatsministerium eine Regierungsvorlage, betreffend ein Gesetz, mit welchem den Juden in Czernowitz die Besitzfähigkeit von Liegenschaften gewährt wird, zur verfassungsmäßigen Behandlung übergeben wurde.

Präsident verkündet sodann, daß ihm soeben eine von Dr. Reichbauer und Genossen an das Ministerium

des Aeußern gerichtete Interpellation übergeben worden sei, welche er dem Minister übersenden werde. Dieselbe wird vorgelesen, sie lautet:

„Nachdem durch das am 15. d. M. erfolgte Ableben Friedrich VII. Königs von Dänemark und Herzogs von Schleswig-Holstein, die zur Regierung in Schleswig-Holstein bisher berufene Linie des dänischen Regentenhauses ausgestorben ist, nachdem Kraft der in den Herzogthümern Holstein und Schleswig bestehenden Staatsgrundgesetze und der alten Erbfolge dieser Länder und des oldenburgischen Hauses nach Aussterben der männlichen, dänischen Linie Erbprinz Friedrich von Augustenburg zur Regierung dieser Herzogthümer, und zwar selbstständig und unabhängig von Dänemark berufen erscheint, nachdem dieses Erbfolgerecht durch das von den Großmächten im Jahre 1872 unterzeichnete s. g. Londoner Protokoll und das hierauf gegründete dänische Thronfolgegesetz vom Jahre 1853 rechtlich durchaus nicht beirrt und beeinträchtigt werden kann, da die dadurch zunächst berührten Agnaten des oldenburgischen Hauses diese Staatsakte nicht nur niemals anerkannten, sondern wiederholt dagegen protestirten und ihre angestammten Rechte wahrten, ebenso die gesetzmäßigen Landesvertretungen niemals ihre Zustimmung gaben, endlich auch der deutsche Bundestag dieselben niemals anerkannte,

nachdem das erwähnte Londoner Protokoll aber selbst den dabei beteiligten deutschen Großmächten gegenüber nicht mehr bindend erscheint, weil Dänemark alle darin eingegangenen Verpflichtungen gegen Deutschland bei Seite gesetzt und mit Füßen getreten, so daß sogar der deutsche Bundestag nach jahrelangem, vergeblichem Verhandeln und Fragen sich genöthigt fand, gegen die fortgesetzte widerrechtliche Vergewaltigung der deutschen Herzogthümer vor Kurzem die Bundes-Ezekution zu beschließen,

nachdem ferner Erbprinz Friedrich von Augustenburg von dem ihm zustehenden Erbfolgerecht bereits Gebrauch gemacht und Kraft der von ihm erlassenen Proklamation ddo. Schloß Dolzing den 1. d. M. bereits die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein angetreten hat, nachdem derselbe zur Vertretung seiner Rechte bereits einen Gesandten am deutschen Bundestage in der Person des großherzoglich-badischen Gesandten mit Zustimmung der großherzoglich-badischen Regierung bestellt, nachdem derselbe weiters bereits von dem Großherzoge von Weimar, dann von den Herzogen von Sachsen-Koburg und Meiningen als nunmehriger Herzog von Holstein und Schleswig anerkannt wurde und in Kürze die gleiche Anerkennung auch von Seite der übrigen deutschen Fürsten und freien Städte zu gewärtigen ist, nachdem die deutsche Bundesversammlung als das einzige derzeit bestehende Organ des deutschen Bundes zunächst berufen ist, das legitime Successionsrecht in den deutschen Herzogthümern und insbesondere das Erbrecht des bisherigen Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein gegen etwaige Erbpräntensionen von anderer Seite zu schützen, zumal der deutsche Bundestag vermöge Beschluß vom 17. September 1846 sich bezüglich der Successionsverhältnisse in den gedachten Herzogthümern ausdrücklich die Geltendmachung seiner Kompetenz in vorkommenden Fällen vorbehalten hat, nachdem es sich endlich hier um eine Angelegenheit handelt, bei der nicht nur die Nothstellung Deutschlands im Norden, sondern die endliche Geltendmachung der Rechte eines lange unterdrückten deutschen Volksstammes, ja die Ehre der deutschen Nation in Frage steht, Oesterreich aber als das erste Glied des deutschen Bundes auch zunächst berufen erscheint, für die Ehre und Rechte der deutschen Nation einzutreten — erlauben sich die Oesterreicher an Se. Excellenz den Herrn Minister des Aeußern die Frage zu stellen: „Was gedenkt die österreichische Regierung als Mitglied des deutschen Bundes zur Geltendmachung der legitimen Successionsrechte in den Herzogthümern Schleswig-Holstein und Lauenburg bei der deutschen Bundesversammlung zu thun.“ Folgen 25 Unterschriften.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Se. k. k. Apost. Majestät haben den Betrag von Zweitausend Gulden ö. W. zur Vertheilung an wahrhaft bedürftige und würdige Personen in Wien allergnädigst zu spenden geruht.

— Nach einem den „Narodne Novine“ aus Wien zugekommenen Schreiben dürfte der Hauptgegenstand der Verabredung der kroatisch-slavonischen Obergespanne der sein, auf welche Weise die systematisch untergrabene und unterwühlte Ordnung wieder eingeführt werden könnte, und was zu thun wäre, damit unser Vaterland dort nicht unvertreten erscheint, wo es sich um die Interessen desselben handelt, oder daß der konstitutionelle Grundsatz gerettet werde; „Nihil de nobis, sine nobis.“

Ausland.

Berlin, 19. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von der polnischen Fraktion der Antrag auf Aufhebung der über drei polnische Abgeordnete verhängten Untersuchung eingebracht und der Justizkommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht: Die Preßverordnung vom 1. Juni. Die gemeldeten Anträge der Referenten wurden mit großer Majorität angenommen.

Im Herrenhaus fand die Adreßdebatte statt. Referent v. Meding rath, die holstein'sche Frage wegen der darüber noch herrschenden Dunkelheit von der Debatte fernzuhalten.

Graf Buinskij protestirt gegen den Paragraph, welcher der Regierung für die gegen die Verbreitung des polnischen Aufstandes ergriffenen Maßregeln dankt. Der Redner behauptet, der Aufstand bezwecke allein die Befreiung von der russischen Herrschaft.

Ministerpräsident v. Bismarck erwiedert: der Redner möge glauben, was er sage; die Regierung müsse nach Thatsachen urtheilen. Die Berichte hätten die Beweise davon in Händen, daß der Aufstand nicht gegen Rußland allein gerichtet sei. Uebrigens habe die Regierung ein politisches, soziales und sittliches Interesse daran, daß die Bewegung in Rußisch-Polen nicht siege. Ein selbstständiges Polen werde immer eine Gefahr für die preussische Monarchie sein und einen großen Theil der Armee absorbiren. Eine Bewegung dürfe nicht siegen, welche sich mit unerhörten Verbrechen beslecke und in der Apotheose des Meuchelmords sich gefalle.

Die Adresse wird mit 72 gegen 8 Stimmen angenommen.

Hamburg, 20. November. Gestern Abends wurde hier eine Volksversammlung, aus Schleswig-Holsteinern und hiesigen Bewohnern bestehend, in der Vorstadt St. Pauli wegen der bedrohlichen Nähe Altona's auf drei verschiedenen Orten von der Polizei aufgelöst. Die Volksversammlung zog sich über die Alster nach Uhlenhorst zurück und erließ eine Adresse an den Prinzen von Augustenburg, denselben auffordernd, sich an die Spitze des Volkes zu stellen. — Es heißt, eine Versammlung schleswig-holsteinischer Ständemitglieder habe in einem Hotel in Hamburg stattgefunden.

Hamburg, 20. November. Vierundzwanzig Ständeabgeordnete haben gestern in Kiel einstimmig beschlossen, die Bundesversammlung um schleunigsten Schutz der Rechte des Landes zu bitten. Das Gesuch ist bereits abgegangen. Die anderen wegen des Verbots jeder Zusammenkunft nicht erschienenen Abgeordneten sind aufgefordert worden, sich dem Gesuche anzuschließen.

Aus Paris wird der „Indep.“ geschrieben: Rußland setzt seine Rüstungen fort, sämtliche neue Rekrutenkontingente sind aus den Provinzen, in welchen sie ausgehoben worden, abgesendet worden. Im Gouvernement Wladimir allein, an den Thoren Moskau's, stehen 250.000 Mann. Man spricht aber noch von bedeutameren Handlungen Rußlands. Es sollen Serbien und Rumänien in seinem Namen geheime Vorschläge gemacht worden sein, um ihre Mitwirkung in einem Kriege gegen Oesterreich zu erwirken. Die Petersburger Regierung würde in diesem Falle ihren Verbündeten 40.000 Karabiner, 50 Kanonen und vier Millionen Francs zur Verfügung stellen. Fürst Michael sollte auf solche Weise die von den Türken besetzten Festungen zurück erobern, man würde in diesem für die Unabhängigkeit Serbiens unternommenen Kriege die Bulgaren besetzen und der revolutionäre Brand würde sich rasch nach Banat und Ungarn hin verbreiten. Gleichzeitig sollten in die türkischen Provinzen Waffen geschendet werden, um den Bevölkerungen die Mittel zum Aufstande an die Hand zu geben. Der Korrespondent zweifelt zwar, daß die Fürsten Michael und Cousa diese Vorschläge annehmen würden, nicht aber auch, daß Rußland in diesen Agitationsquellen das Mittel zur Wiedererweckung der orientalischen Frage suchen dürfte.

New-York, 9. November. Die Nachrichten von der Einnahme des Forts Sumter ist unrichtig. Am 7. d. M. nahmen zwei Divisionen des General Meade unter Segwick und Grant die Redouten vor den Uebergängen über den Rappahannock. Am 8. überschritt die ganze Armee den Fluß ohne Widerstand. Burnside's Kavallerie ging oberhalb durch eine Furth. Die Konföderirten nahmen zwei vorgeschobene Positionen Burnside's und machten die Hälfte zweier Regimenter zu Gefangenen.

Tagesbericht.

Laibach, 23. November.

Künftigen Freitag, d. i. am 27. November, findet eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain um halb 7 Uhr Abends im Vereinslokal statt.

— Das hübsche Lied von Th. Elze: „O, sich nicht so lächelnd an“, das in einem Konzert

der philharmonischen Gesellschaft im vorigen Jahre gesungen, so viel Beifall fand, ist bei Fleischer in Prag in Druck erschienen und sehr nett ausgestattet.

— Aus Anlaß des „auf dem unrichtigen Geleise“ von Gili nach Store verkehrenden Postzuges wurde das Maschinen- und Zugspersonale, so wie der Wächter, welcher den Wechsel schlecht gestellt hat, strafweise entlassen.

— Vom 23. d. M. an wird auf sämtlichen Linien der Südbahn der Agiozuschlag zu den in Banknoten einzuhebenden Bahngeldern mit 15% bemessen werden.

— Die seit einiger Zeit geschlossen gewesene Dvorana in Agram wird im Laufe des Monats Dezember wieder eröffnet werden. Es hat sich eine neue Gesellschaft konstituiert, und es bietet die bisherige Zahl der Mitglieder bereits Garantien für die Möglichkeit der Erhaltung dieses der Unterhaltung gewidmeten Instituts.

Wien, 21. November.

— Am 15. d. M. feierte der 105jährige Friedrich Peller aus Gora bei Baja in der Bacska mit seiner 98jährigen Frau nach achtzig in der Ehe glücklich verlebten Jahren, die demantene Hochzeit und erbat sich hiezu auf telegraphischem Wege Tags zuvor die Gnade, Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin möchten bei dieser seltenen Feier als Zeugen beizustehen geruhen. Se. Majestät geruhten am Hochzeitstage Peller's ebenfalls auf telegraphischem Wege diesem die Allernädigste Gewährung seiner Bitte bekanntzugeben und zugleich den nächsten Behörden den Auftrag zu ertheilen, über Peller's Verhältnisse telegraphisch ausführlichen Bericht zu erstatten.

— An der Lemberger Universität spielt sich eine höchst unliebsame Geschichte ab. Einer der Professoren, Hr. P., hatte in einem vertrauten Kreise auf die Auslassungen eines gewissen Hrn. B., er sei von einigen Injuranten, die er aufnahm, benachtheiligt worden, erwiedert, er möge sich mit diesem Gesindel nicht abgeben. Hr. B. war so indiskret, die Sache der Öffentlichkeit zu übergeben, und eine tendenziöse Erzählung derselben erschien in den polnischen Blättern. Hr. P., der sich bewußt war, nicht beabsichtigt zu haben, die Nation zu beleidigen, klagte gegen den Redakteur der „Gaz. Nar.“; die beigezogenen Zeugen vermochten jedoch mit ihren Aussagen keine genügende Grundlage für die Bestrafung des betreffenden Redakteurs zu bieten, und so ward der unangenehme Vorfall durch diesen Prozeß nur noch zugespitzt. Die Hörer des Hrn. P. begaben sich zum Decan der philosophischen Fakultät, Professor Dr. Schmidt, und erklärten ihm, den Professor P. nicht weiter hören zu wollen, übergaben demselben eine schriftliche Klage gegen den betreffenden Professor, und drohten, sich an den Reichsrath zu wenden, falls ihnen nicht Genugthuung verschafft würde.

Vermischte Nachrichten.

Die „Leipziger Nachrichten“ theilen Folgendes mit: „Bekanntlich wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 1859 in dem Orte Wegelsgrün bei Treuen ein vierfacher Raubmord an einem gewissen Schreiber, dessen Frau, erwachsener Tochter und einer Anverwandten, die bei Schreiber lebte und in dessen Wirtschaft mit thätig war, begangen. Die That war so gräßlich und das Aufsehen und die Entrüstung, die sie im Publikum erregte, so allgemein, daß von den Behörden Alles aufgeboten wurde, die Raubmörder zu entdecken. Alle Bemühungen blieben jedoch vergeblich und die blutige That ungesühnt. Jetzt nach Ablauf von vier Jahren hat sich nun der alte Spruch: „Es ist nichts so fein gesponnen, endlich kommt's doch an die Sonnen“ aufs Neue bewährt. In Auerbach hat sich nämlich neuerdings Folgendes zugetragen: In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober ist der 39 Jahre alte Weber Gottlob Friedrich Singewald dortselbst von seinem im 41. Jahre stehenden Bruder Heinrich Wilhelm Singewald ermordet worden. Beide Brüder, welche nach der Aussage von Bekannten seit einigen Jahren an periodischer Geisteschwäche litten, schliefen zusammen in einer Stube. Beim Öffnen derselben fand man den jüngeren Bruder förmlich in seinem Blute schwimmend und fürchterlich durch viele Hakenstiche und Schläge verblutet in dieser Stube liegend, den andern aber auf einem alten Kanapee sitzend, seine Augen mit harrem Blick auf den Erschlagenen gerichtet. In der nun gegen ihn eingeleiteten Untersuchung hat derselbe umfangreiche Geständnisse darüber abgelegt, daß er in Gemeinschaft mit seinem Bruder jenen vierfachen Mord in Wegelsgrün begangen, seit jener Zeit aber sammt seinem Bruder wegen nagender Gewissensbisse keine ruhige Stunde wieder gehabt habe. Er soll ferner ausgesagt haben, daß sein Bruder in einem Anfall von heftiger Gewissensangst ihn gebeten und beschworen habe, seinem Leben ein Ende zu machen,

da er sonst, um sich Ruhe zu schaffen, jene gemeinschaftliche That dem Gericht bekennen müßte, und daß er darauf der verzweiflungsvollen Bitte seines Bruders entsprochen und ihn mit einer Hacke erschlagen habe.“

— Aus Palermo, 9. November, schreibt man: Wir erwarten nächsten eine Wallfahrt aller Naturforscher der Welt nach unsern Küsten eintreten zu sehen. Die vor Jahren aus dem Meeresboden herausgestiegene, aber bald wieder in die Tiefe gesunkene vulkanische Insel Ferdinandea hebt sich aufs Neue und ist nur noch etwa zehn Fuß unter dem Wasserspiegel. Ein englisches Schiff, auf welchem sich verschiedene Gelehrte befinden, hält sich in der Nähe auf und wird das Wiederauftauchen der Insel mit einer Salve begrüßen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 21. Nov. Großfürst Constantin ist gestern Abends hier eingetroffen und im Hotel Europa abgestiegen. Heute Vormittags hat Se. k. Hoheit den Besuch des Statthalters Grafen Palfy empfangen.

Frankfurt, 21. Nov. Gutem Vernehmen nach hat Oldenburg am 17. November eine Protestnote an den Konseilspräsidenten Hall erlassen, welche den Regierungsantritt König Christians als rechtlich unbegründet erklärt, den ohne Rechtsgrund erfolgten Regierungsantritt nicht bindend ansieht, Verwahrung einlegt und sich Weiteres vorbehält.

Frankfurt, 21. Nov. In der heutigen Bundestagsitzung erfolgte die Anzeige des Thronwechsels in Dänemark, die Vorlage der Verzichtsurkunde des Herzogs von Augustenburg und die Modifikation des Regierungsantritts seines ältesten Sohnes als Herzogs von Schleswig-Holstein und Lauenburg. Sodann erfolgten Anzeigen, beziehungsweise Anträge einiger Bundesregierungen, die holsteinische Erbfolgefrage, beziehungsweise die Succession in Lauenburg betreffend, welche gleich den oben erwähnten Einläufen dem holsteinischen Ausschusse überwiesen wurden. Endlich erfolgte ein Antrag Oesterreichs und Preußens auf einen die am 18. November erfolgte königliche Sanction des dänischen Verfassungsgesetzes betreffenden Protest. Schließlich gelangte die Eingabe der schleswig-holsteinischen Ständemitglieder zur Vorlage.

Frankfurt, 21. Nov. Die „Postamtzeitung“ meldet: Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Lauenburg hat sämtlichen deutschen Höfen und freien Städten seinen Regierungsantritt in den Herzogthümern telegraphisch angezeigt und mitgetheilt, daß er den Geheimrath Samwer, dormalen in Gotha, mit der Führung der Staatsgeschäfte beauftragt hat. Graf Rementlow aus Kiel überreichte der Bundesversammlung das Gesuch der schleswig-holsteinischen Ständemitglieder um Wahrung und Schutz der Landesrechte.

Altenburg, 20. November. Die altenburgische Regierung hat sich für die Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein ausgesprochen.

Berlin, 21. Nov. Die heutige „Spener'sche Zig.“ erfährt, daß morgen (Sonntag) früh ein hoher russischer Offizier hier erwartet wird, welcher die eigenhändige Antwort des Kaisers Alexander auf das Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon überbringt.

Ein hier aus Warschau eingetroffener Privatbrief meldet: Die Nationalregierung veröffentlicht in einer Extrabeilage zur Zeitung „Niepodleglosc“ vier Adressen aus den Gouvernements Wilna, Witebsk, Romno und Grodno mit 250.000 (!) Unterschriften. Die Adressen enthalten einen Protest gegen die durch Murawiew erzwingene Loyalitätsadresse und den Ausdruck der Erbitterung gegen die Nationalregierung.

Hannover, 21. November. Der Magistrat und die Bürgervorsteher haben einstimmig beschlossen eine Adresse an den König zu richten, um den Herzog Friedrich von Holstein anzuerkennen und die Anerkennung thatsächlich geltend zu machen.

Paris, 21. November. Die Wähler des neunten Wahlbezirks im Departement der Seine und des ersten Wahlbezirks im Departement Côte d'Or sind zur Deputirtenwahl für den 13. und 14. Dezember einberufen.

Paris, 21. November. Das „Memorial diplomatique“ hält das Zustandekommen des Kongresses für gesichert. Der Sultan hat die Intention kundgegeben, persönlich nach Paris zu kommen.

London, 20. November. Nachrichten aus Shanghai vom 9. Oktober melden, daß ein Angriff Goredons auf Shoo-Chow erwartet wird; aus Lath-Sang und Quinson wurden Verstärkungen abgesandt. Aus Japan lauten die Nachrichten ungünstig. Bei Nagasaki zeigen sich bewaffnete Schaaaren. Fürst Satsuma und andere Fürsten rüsten sich zum Kriege.

Kopenhagen, 20. November. In Beantwortung der Glückwünsche der Reichsrathsmitglieder sagte

der König: das Grundgesetz habe eine reife Ueberlegung seinerseits erfordert; Ueberlegung sei ja auch den Mitgliedern des Reichsrathes nothwendig gewesen, die das Gesetz tage- und wochenlang diskutiert hätten. Er hoffe, der Reichsrath hege zu ihm daselbe Vertrauen, welches er seinerseits in den Reichsrath setze.

Als der König mit der Königin und den Kindern sich am Fenster dem Volke zeigte, wurde er enthusiastisch begrüßt.

Kopenhagen, 21. November (4^{1/2} Uhr Nachmittags.) Dem Vernehmen nach ist Graf Karl Moltke zum Minister für Holstein ernannt.

Kopenhagen, 21. November. (Ueber Paris.) Der König hat den General Orholm als Ueberbringer einer günstigen Antwort auf die Kongreßeinladung nach Paris gesendet.

Stockholm, 20. November. Nach Carlskrona ist die Ordre ergangen die Schraubenschiffe klar zu machen; die Kriegsdampfer „Vanadis“ und „Gefle“ sind aus dem atlantischen Ocean zurückberufen. Die Sensation über den Tod des Königs von Dänemark ist eine mächtige.

St. Petersburg, 21. November. Das „Journal de St. Petersbourg“ enthält eine Veröffentlichung der Staatsbank, wonach die Auswechslung der Creditbills gegen Metallmünze bei der Bank bis auf Weiteres eingestellt ist.

Konstantinopel, 21. Nov. (Ueber Paris.) Der Sultan hat auf die Kongreßeinladung günstig geantwortet und die Absicht ausgedrückt, persönlich nach Paris zu kommen.

Lissabon, 20. November. Eine gestern im Rathhause zum Ausbruch gekommene Feuersbrunst hat auch die Gebäude der portugiesischen Bank, der Affekuranzgesellschaft „Fidelité“ und die Tabakmagazine ergriffen. Die Archive, Bücher und wichtigsten Papiere konnten glücklicher Weise gerettet werden. Die Bank hat weder an Wertheffekten noch an Creditpapieren irgendwie Schaden gelitten, wie ein Extrablatt des heutigen „Diario“ meldet.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

Tagesordnung

der XXIX. Versammlung, welche Freitag am 27. November 1863 um 6 Uhr Abends im Gesellschafts-Locale (Salberggasse Nr. 195, II. Stock) abgehalten wird.

1. Lesung des Protokolls der XXVIII. Versammlung.
2. Mittheilung des Einlaufs.
3. Präsident von Strahl: Rechtsfall zur Lehre vom Verbrechen der Kindesweglegung.
4. Herr k. k. L.-G.-Adj. Sadler: Rechtsfall zur Lehre von der Veruntreuung und dem Betrüge.
5. Erster Sekretär Dr. E. H. Costa: Rechtsfälle:

- a) zur Lehre vom Gesellschaftsdiebstahl;
- b) zur Lehre von den Bedingungen bei exekutiven Realfeilbietungen.

Laibach am 20. November 1863.

Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 21. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 12 Wagen mit Heu und Stroh, 56 Wagen und 8 Schiffe mit Holz, 220 Meßen Erdäpfel à fl. 1.30.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Meßen fl. 5.16 (Magazins-Preis fl. 5.70); Korn fl. 3.— (Mg. Pr. fl. 3.27); Gerste fl. 2.38 (Mg. Pr. fl. 2.94); Hafer fl. 1.92 (Mg. Pr. fl. 2.25); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.87); Heiden fl. 2.31 (Mg. Pr. fl. 2.42); Hirse fl. 2.50 (Mg. Pr. fl. 2.84); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.54); Erdäpfel fl. 1.30 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Bohnen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 49, Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 27, detto geräuchert fr. 29; Butter fr. 47; Eier pr. Stück fr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—22, Kalbfleisch fr. 24, Schweinefleisch fr. 23, Schöpfenfleisch fr. 13; Hähnchen pr. Stück fr. 24, Tauben fr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh fr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 12, detto weißer fl. 10 bis 14.

Berichtigung. In der Samstag-Nummer der „Laib. Zig.“ sind einige Irrthümer zu berichtigen. Seite 4, Spalte 2, Zeile 26 von oben, soll (1578) statt (1478) — Zeile 27 von oben (1594) statt (1694); in Spalte 3, Zeile 7, von oben „Anwendung“, statt Anordnung, stehen.

